

.....Ausz. an Amt.....
.....Ausz. an Amt.....
.....Ausz. an Amt.....

Auszug

aus der

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des **Stadtrates**
der Stadt Kitzingen

vom 26.11.2009

Sämtliche Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern waren zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend und stimmberechtigt. Der Stadtrat war somit beschlussfähig.

2. Umgestaltung Bahnhofsumfeld

Anträge der KIK-Fraktion vom 23.07.2009 und 25.08.2009

Ohne Abstimmung

- A. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung vom 30.07.2009 und öffentlicher Sitzung vom 05.11. bzw. 12.11.2009 wird Kenntnis genommen.
- B. Antrag Nr. 47 der KIK-Fraktion – Vertragsverhandlungen im DB

Mit 26 zu 0 Stimmen

Dem Antrag der KIK-Fraktion zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn durch den Oberbürgermeister und den Bürgermeistern um Verbesserung der Strukturdefizite am Bahnhofsgebäude, den Verkehrsflächen und den Bahnsteigen zu erreichen, wird zugestimmt.

- C. Antrag Nr. 54 der KIK-Fraktion – Städtebaulicher Wettbewerb ZOB und P+R

Mit 21 zu 5 Stimmen

Dem Antrag zur Ausschreibung eines städtebaulichen Wettbewerbes um Gestaltungs- und Funktionsalternativen für die Problemstellung ZOB und P+R zu erlangen, wird zugestimmt.

- D. Antrag Nr. 55 der KIK-Fraktion

Mit 21 zu 5 Stimmen

Dem Antrag wird zugestimmt, die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für einen städtebaulichen Wettbewerb zur Erlangung von Gestaltungs- und Funktionsalternativen eines ZOB und P+R-Anlage zu erarbeiten und dem Stadtrat mit einem Zeitplan und Fördersummen vorzustellen.

E. Antrag Nr. 56 der KIK-Fraktion – Anzahl der P+R-Parkplätze

Mit 26 zu 0 Stimmen

Dem Antrag zur Benennung der Mindestzahl von P+R-Plätzen wurde mit Einholung der neuen Prognose und Nennung von 230 bis 260 Stellplätzen für P+R am Bahnhof durch die Verwaltung Rechnung getragen. Ein Zeitplan ist nach der Grundsatzentscheidung des Stadtrates über die Bauform der P+R-Anlage (ebenerdig, Parkpalette oder Parkhaus) unter Berücksichtigung der Haushaltssituation durch die Verwaltung zu erstellen. Ebenso ist für die Anlage des ZOB zu verfahren.

F. Antrag Nr. 57 der KIK-Fraktion – Fördersummen

Ohne Abstimmung

Die im Antrag geforderten aktuellen Förderhöhen wurden im mündlichen Sachvortrag der Finanzausschusssitzung vom 05.11.2009 bzw. der Stadtratssitzung vom 12.11.2009 durch die Verwaltung benannt und werden vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

G. Antrag Nr. 58 der KIK-Fraktion – Planungsvarianten

Mit 21 zu 5 Stimmen

- a. Dem Antrag der KIK zur groben Überplanung einer P+R-Anlage als Stufenanlage gemäß der vorhandenen Topographie neben weiteren Varianten des Bauamtes wird zugestimmt. Ergebnisse aus einem städtebaulichen Wettbewerb wären entsprechend zu berücksichtigen.
- b. Dem Antrag einer groben Überplanung einer P+R-Anlage als plane Anlage mit Verfüllung des Geländes neben weiteren Varianten des Bauamtes wird zugestimmt. Ergebnisse aus einem städtebaulichen Wettbewerb wären entsprechend zu berücksichtigen.
- c. Dem Antrag einer groben Überplanung einer P+R-Anlage als Parkpalette neben weiteren Varianten des Bauamtes wird zugestimmt. Ergebnisse aus einem städtebaulichen Wettbewerb wären entsprechend zu berücksichtigen.

H. Antrag Nr. 59 der KIK-Fraktion – Städtebaulicher Wettbewerb

Mit 21 zu 5 Stimmen

Dem Antrag zur Auslobung eines offenen städtebaulichen Wettbewerbes für die P+R-Anlage im Bereich der Kleingärten sowie bei Bedarf unter Einbeziehung des ZOB's wird zugestimmt.

I. Antrag Nr. 60 der KIK-Fraktion – Verkehrstechnische Erschließung

Mit 26 zu 0 Stimmen

Dem Antrag, die verkehrstechnische Erschließung einer P+R-Anlage unabhängig von den verkehrsrechtlichen und städtebaulichen Belangen der Gestaltung (ebenerdig, Parkpalette oder Parkhaus) auf den Flächen südlich des Bahnhofes ausschließlich über den Bahnhofplatz vorzunehmen, wird zugestimmt.

J. Antrag Nr. 61 der KIK-Fraktion**Mit 21 zu 5 Stimmen**

Dem Antrag, die verbleibenden Flächen der bestehenden Kleingartenanlage südlich des Bahnhofsgebäudes, außer den 5 bereits aufgelassenen Parzellen im Bebauungsplan P+R-Anlage als Flächen zur kleingärtnerischen Nutzung aufzunehmen, wird zugestimmt.

K. Antrag Nr. 64 der KIK-Fraktion – Städtebaulicher Wettbewerb**Mit 21 zu 5 Stimmen**

Dem Antrag zur Auslobung eines offenen städtebaulichen Wettbewerbes für den Bahnhofsvorplatz wird zugestimmt.

L. Antrag Nr. 65 der KIK-Fraktion – Verstellung der Konzepte**Ohne Abstimmung**

Der Antrag zur Vorstellung des Konzeptes „Bahnhofsumfeld“ bei beteiligten Partnern bzw. übergeordneten Behörden wird zurückgestellt bis sich Neuerungen im Gesamtkonzept Bahnhofsumfeld ergeben bzw. ein Bedarf festgestellt wird.

M. Antrag Nr. 67 der KIK-Fraktion – Bürgerinformation**Ohne Abstimmung**

Dem Antrag zur Bürgerinformation sowie die Abstimmung der Planung mit betroffenen Anliegern wurde im Sachvortrag der Finanzausschusssitzung vom 05.11.2009 bzw. der Stadtratssitzung vom 12.11.2009 Rechnung getragen. Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

N. Antrag Nr. 68 der KIK-Fraktion vom 25.08.2009 – BPl. Friedenstraße Ost

Es wird zur Kenntnis genommen, dass dieser Antrag seitens der KIK zurückgezogen wurde.

gez. Müller
Für die Richtigkeit des Auszuges
Kitzingen, 08.08.2014
STADT KITZINGEN

I.A.




Auszug

aus der

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des **Stadtrates**
der Stadt Kitzingen

vom 15.01.2009

Sämtliche Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern waren zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend und stimmberechtigt. Der Stadtrat war somit beschlussfähig.

14. Umgestaltung Bahnhofsumfeld

Errichtung eines Parkhauses über dem geplanten Zentralen Omnibusbahnhof
Antrag der CSU-Fraktion vom 12.11.2008

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Antrag der CSU ein und stellt dar, dass gegenwärtig die Verhandlungen mit der Bahn andauern und deshalb die Verwaltung ohnehin keine Anstrengungen in die Errichtung eines Parkhauses stecke. Er bittet um Beschlussfassung, dass der Antrag so lange zurückgestellt werde, bis die Verhandlungen mit der Bahn abgeschlossen seien.

Stadtrat Rank als Antragsteller geht kurz auf den Antrag der CSU ein und verweist auf die finanzielle Situation der Stadt. Als alternative und zur kurzfristigen Umsetzung könne er sich vorstellen, die im Eigentum der Stadt liegenden Bahnbetriebsbauten abzureisen und an dieser Stelle Parkplätze zu schottern.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Verwaltung dies ebenfalls angedacht habe. In der Sondersitzung am 20.01.2009 werde man über die Möglichkeiten berichten. Es werde deutlich, dass die Umsetzung der Gesamtmaßnahme bis 2011 nicht möglich sei. Priorität müssten der Zugang zur Stadt (Friedrich-Ebert-Straße), der Bahnhofsvorplatz sowie die Parkplätze haben. Er verweist kurz auf die Verhandlungen mit der Bahn, die zu einem Verkauf der nördlichen Flächen grundsätzlich bereit wären, die Stadt jedoch die dann nötigen Umbaumaßnahmen in Höhe von 500.000 € selbst übernehmen müsse. Gegenwärtig werde geprüft in welchem Bereich der nördlichen Flächen die Parkplätze entstehen könnten, ohne dass die Umbaumaßnahmen notwendig werden.

Stadträtin Wallrapp stellt den Antrag, dass in den nächsten 4 Wochen ein Ergebnis mit der Bahn vorliegen müsse und bittet die Verhandlungen zu forcieren.

Stadtrat Schmidt stellt bzgl. des Antrags der CSU dar, dass man auch Gegenrechnen müsse, welche Grundstückskosten man durch den Bau eines Parkdeckes einsparen würde. Darüber hinaus gibt er zu Bedenken, ob der Busbahnhof in den südlichen Flächen umgesetzt werden könnte, wenn im gleichen Bereich einzelne Parkplätze entstehen sollen.

B. **Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Antrag der CSU-Fraktion vom 12.11.2008 Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der CSU-Fraktion vom 12.11.2008 zur Einstellung der Planungen zur Errichtung eines Parkhauses wird zurückgestellt, bis die laufenden Grundstücks-

verhandlungen über zusätzliche Flächen mit der Bahn AG im Bereich nördlich der Güterhalle abgeschlossen sind.

- C. Oberrechtsrätin Schmöger geht in diesem Zusammenhang kurz auf die Handhabe zu eingehenden Anträgen ein und stellt dar, dass nach der Geschäftsordnung die Verwaltung keine materielle Prüfungspflicht habe. Aus diesem Grund werden Anträge, die einen größeren Prüfungsumfang haben könnten, dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben mit dem Arbeitsauftrag an die Verwaltung, den Antrag zu prüfen und eine Sitzungsvorlage zu erstellen.

gez. Müller

Für die Richtigkeit des Auszuges

Kitzingen, 08.08.2014

STADT KITZINGEN

I.A. 



.....Ausz. an Amt.....
.....Ausz. an Amt.....
.....Ausz. an Amt.....

Auszug

aus der

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des **Stadtrates**
der Stadt Kitzingen

vom 12.06.2008

Sämtliche Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern waren zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend und stimmberechtigt. Der Stadtrat war somit beschlussfähig.

5. Bahnhofsumfeld Kitzingen

A. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass in den Finanzausschusssitzungen am 05.06.2008 sowie am 10.06.2008 eine ausführliche Vorberatung erfolgte, so dass in dieser Sitzung über die einzelnen Punkte abgestimmt werden könne. Hinsichtlich der Einbahnstraße stellt er dar, dass man die Friedrich-Ebert-Straße nicht als Einbahnstraße festgelegt und vielmehr über die Variante 4 Beschlussfassen werden sollte. Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Straßenführung zwischen den Varianten 3 und 4, die Oberbürgermeister Müller zur Abstimmung stellt.

B. **Mit 11 : 16 Stimmen**

Die Friedrich-Ebert-Straße wird als zweibahnige Ortsstraße umgestaltet. Auf der nördlichen Seite wird dem Bauentwurf ein kombinierter Geh- und Radweg hinzugefügt. Somit entfallen die geplanten 29 Längsparkplätze auf der nördlichen Seite der Friedrich-Ebert-Straße vom Bahnhofsplatz bis zum Rosengarten.

C. **Mit 23 : 4 Stimmen**

Die Friedrich-Ebert-Straße wird gem. dem Bauentwurf aus dem Jahr 2003 als zweibahnige Ortsstraße ausgebaut. Jedoch entfallen im südlichen Bereich der Staatsstraße von der Inneren Sulzfelder Straße bis zum Rosengarten vier geplante Längsparkplätze, um einen kombinierten Geh- und Radweg anzulegen und die Option eines durchgängigen Geh- und Radweges von der Südtangente zur Innenstadt bei späteren Umbaumaßnahmen der Inneren Sulzfelder Straße zu schaffen.

D. Hinsichtlich der P+R Flächen verweist Oberbürgermeister Müller auf den bestehenden Beschluss vom November 2007 sowie auf die Diskussion in den Vorberatungen. Zu überlegen sei, ob man den Beschluss aufrecht erhalte oder ob man die bisherigen Grobplanungen hinsichtlich des Parkdecks bzw. des Parkhauses durch das Stadtbauamt von einem Fachplaner nochmals konkretisieren lasse. Darüber hinaus verweist er auf einen Termin im Wirtschaftsministerium in München, bei dem man die Grundstücksfrage mit der Bahn nochmals besprechen werde.

Stadtrat Schmidt stellt den Antrag, dass ein Fachbüro nochmals die Planungen für ein Parkdeck bzw. ein Parkhaus im nördlichen Bereich übernehmen sollte.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über das weitere Vorgehen und kommen überein, dass der Beschluss vom November 2007 zunächst ruhen sollte, bis die Grundstücksfrage geklärt sei. Darüber hinaus sollen 3 Büros zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden. Hiernach könne der Stadtrat entscheiden, welches Büro eine mögliche Planung übernehmen werde.

E. Mit 27 : 0 Stimmen

Dem Antrag der UsW-Fraktion wird stattgegeben.

Die Verwaltung wird beauftragt für die Konzeption eines Parkhauses Angebote für Architektenleistungen einzuholen.

F. Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass somit der Beschluss vom 08.11.2007 nicht aufgehoben werden müsse, sondern dieser bis nach Erstellung der Planunterlagen bzw. den Gesprächen mit der Bahn ruhen werde.

Dipl. – Ing. Volkamer weist darauf hin, dass hierbei die HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) zum tragen kommen und man nach Vorlage der Angebote und dessen Vorstellung im Gremium die entsprechenden Leistungsphasen vergeben werden können.

Für die Angebote entstehen der Stadt keine Kosten. Erst nach den Planleistungen (Grundlagenermittlung und Vorplanung) wofür der Stadt keine Kosten entstehen, können nähere Kosten zur Errichtung eines Parkdecks genannt werden.

G. Mit 23 : 3 Stimmen

Der Bürgerantrag vom 21.01.2008 wird abgelehnt.

gez. Müller
Für die Richtigkeit des Auszuges
Kitzingen, 08.08.2014
STADT KITZINGEN

I.A.


